

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: Sicherung wohnortnaher Schulstandorte und guter Bildung im Ländlichen Raum - Moratorium gegen Schulschließungen jetzt!

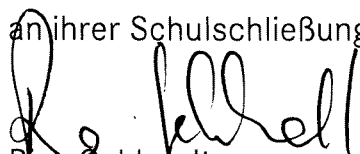
Der Landtag möge beschließen,
die Staatsregierung zu ersuchen,

zur Sicherung des Erhalts wohnortnaher Schulstandorte und qualitativ hochwertiger Bildung im Ländlichen Raum unverzüglich die erforderlichen schulorganisatorischen Vorkehrungen dafür zu treffen, damit bis zur Verabschiedung einer die derzeit geltenden gesetzlichen Regelungen zur Einrichtung von Schulen, zu den Schularten, zu Klassenbildung, -arten und -stufen sowie zu Mindestschülerzahlen neu regelnden Schulgesetznovelle jegliche Maßnahmen und Feststellungen zu unterlassen, die zu Schulschließungen führen oder diese beabsichtigen und hierzu insbesondere:

- keine weiteren förmlichen Erklärungen, die auf den Widerruf der Mitwirkung des Freistaates Sachsen an Schulen und Teilen von Schulen gerichtet sind (Mitwirkungsentzüge) abzugeben,
- auf die förmliche Feststellung eines fehlenden öffentlichen Bedürfnisses für die Fortführung von Schulen oder Teilen derselben gemäß § 24 Abs. 3 SchulG zu verzichten,
- alle zwischenzeitlich diesbezüglich getroffenen schulaufsichtsrechtlichen oder -organisatorischen Entscheidungen und Maßnahmen außer Vollzug zu setzen sowie hierzu ggf. noch anhängige gerichtliche Verfahren nicht weiter zu verfolgen,
- Schulträger bei der Erarbeitung und Umsetzung von schulorganisatorischen Lösungen zum langfristigen Erhalt und zur Sicherung des Fortbestandes ihrer Schulen und Schulstandorte sächlich, personell und finanziell zu unterstützen.

Begründung:

Ungeachtet der sich von Beginn an abzeichnenden nachteiligen Folgen und langfristigen Langfristprobleme der teilweise willkürlichen Schließung von Schulen im ländlichen Raum für die betreffenden Kommunen, hat die Staatsregierung rigoros an ihrer Schulschließungspolitik festgehalten.


Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- b.w. -
Dresden, den 26.09.2013

Eingegangen am: 26. SEP. 2013 Ausgegeben am: 27. SEP. 2013

Mit dieser über mehr als zwei Jahrzehnte nahezu unverändert geführten Regierungsschulpolitik ist das Schulnetz in Sachsen, mit verheerenden schulpolitischen aber auch sozial- und kulturpolitischen Wirkungen insbesondere in den ländlichen Räumen gegen jede Vernunft ausgedünnt worden.

So kommen die in der Pressekonferenz der Kultusministerin sowie des Umwelt- und Landwirtschaftsministers am 20.09.2013 dargestellten - seit Langem bekannten - Erkenntnisse zu den Folgen des demografischen Wandels angesichts des selbst verursachten Kahlschlags bei Schulen im ländlichen Raum um Jahre zu spät.

Vollkommen unverständlich ist es aber, wenn diesen richtigen und notwendigen Feststellungen aber keine weiteren verbindlichen Maßnahmen folgen, sondern auf noch inhaltlich wie zeitlich unklare künftige Änderungen des Schulgesetzes verwiesen wird.

Angesichts dessen bedarf es nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE unverzüglich verbindlicher Maßgaben zum weiteren Umgang mit den bisher vom Kultusministerium eingesetzten Schulschließung-Instrumentarien, da sich ohne eine rechtzeitige, dazu erforderliche Änderung des derzeit geltenden Schulgesetzesrahmens bis zum Beginn des kommenden Schuljahres nur auf dem Wege eines mit dem vorliegenden Antrag von der Antragstellerin - wiederholt - begehrten Schulschließung-Moratoriums eine fortgesetzte und damit irreversible Ausdünnung des sächsischen Schulnetzes im ländlichen Raum wirksam verhindern lässt.

Die Mitglieder des Landtages stehen hierbei in der unmittelbaren politischen Verantwortung ein solches Moratorium auf den Weg zu bringen und die Staatsregierung zu einem entsprechenden Handeln zur Sicherung eines möglichst engmaschigen Netzes von Schulen in den ländlichen Räumen zu veranlassen.